

Horst Schmitthener

geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Industriegewerkschaft Metall

Probleme der Regierung, verschlafene Chancen – vom Koalitionsvertrag zur realen Politik

Rede bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

in Hamburg am 22.06.2002

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

I. Vorbemerkung

erst einmal möchte ich mich recht herzlich bei Euch dafür bedanken, dass ich auf dieser Konferenz zu Euch sprechen darf.

Ich bin gebeten worden, eine Bilanz der Regierungspolitik zu ziehen. In meinem Vortrag werde ich dabei nicht erst beim Koalitionsvertrag beginnen. Vielmehr möchte ich auch einige Entwicklungen im Vorfeld benennen, die die Grundlage für die weitere Entwicklung darstellen.

Und ich möchte nicht bei der Beschreibung der verschiedenen Phasen der Regierungspolitik stehen bleiben, sondern in einem zweiten Schritt versuchen, die Charakteristika dieser Regierungspolitik zu analysieren.

Dies erscheint mir notwendig, um sodann in einem dritten Schritt Konsequenzen für das künftige politische Handeln zu ziehen.

Ich werde all dieses natürlich aus Sicht eines Gewerkschafters tun.

II. Die Phase vor den Bundestagswahlen 1998

Die seit Regierungsantritt 1982 praktizierte Politik des Sozialabbaus wurde immer weiter verschärft und führte dazu, dass erhebliche Strukturbrüche des Sozialstaates vollzogen wurden. Beispielhaft sei hier der Angriff auf das Streikrecht durch die Neuregelungen bei kalter Aussperrung durch den veränderten § 116 AFG genannt.

Ich verweise aber auch auf die massiven Verschlechterungen in der Legislaturperiode 1994 bis 1998. z. B. die Aufweichung des Kündigungsschutzgesetzes, die Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und auch die unter Blüm verabschiedete so genannte Rentenreform. Zuletzt möchte ich auf die ordnungspolitisch relevanten Änderungen in der Gesundheitspolitik hinweisen. Hier meine ich insbesondere die Einführung von Elementen der privaten Krankenversicherung in die gesetzliche Krankenversicherung.

Diese Maßnahmen fanden auch innerhalb der Wählerschaft von CDU/CSU nicht die uneingeschränkte Zustimmung. Gleichzeitig radikalisierte sich - repräsentiert durch die FDP - eine neoliberale Strömung, der diese Gesetzesänderungen noch nicht weit genug gingen.

Breite Teile der Bevölkerung hatten den Eindruck, dass die Kohl-Regierung verbraucht sei.

Sprichwörtlich war das Bild vom „Aussitzkanzler“ und auch einige der Minister machten den Eindruck, die Verantwortung nicht mehr tragen zu können.

Theo Waigel kokettierte im Vorfeld der Wahlen mit seinem Ausscheiden aus der Politik. Die handwerklichen Fehler weiterer Regierungsmitglieder summierten sich.

Dies war aber nur Ausdruck des Problems, dass das Regierungskonzept gescheitert war:

Die Kohl-Regierung war mit dem Versprechen angetreten, Prosperität durchzusetzen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür seien zwar auch schmerzliche Einschnitte hinzunehmen, die aber mit Blick auf das große Ganze, hinzunehmen seien. Tatsächlich wurde der Sozialstaat in Richtung minimaler Standards zurück gestutzt. Was aber ausblieb, war der versprochene Aufschwung.

In der Bevölkerung setzte sich das Bild vom Reformstau fest, der durch die konservativ-liberale Regierung nicht aufgelöst werden könne.

Wie hat die SPD auf diese Entwicklung reagiert?

Durch die Inthronisierung der Campa hat die SPD dem Wahlkampf eine ganz neue Funktion zugemessen.

Selbstverständlich ging es darum - wie schon immer - die Wahlen zu gewinnen. Wahlkämpfe hatten aber bisher auch die Funktion, die Bevölkerung zu politisieren.

Auf diese Funktion wurde nunmehr weit gehend verzichtet. Vielmehr hatte ein kurzfristiges „Shareholder Value-Denken“ Einzug in die Wahlkampfführung gehalten. Es ging darum, eine kurzfristige, aber nicht nachhaltige Wertsteigerung der SPD mit Blick auf die nächsten Bundestagswahlen durchzusetzen.

Die SPD wollte in das Vakuum, das die Kohl-Regierung hinterließ, hineinstoßen. Es ging also darum, möglichst viele neue Wählerschichten an sich zu binden. Es ging aber nicht um die, langfristig über die einzelne Wahl hinaus gehende, Mobilisierung und Festigung der eigenen Stammklientel.

Schröder versprach nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Oskar Lafontaine kam die Aufgabe zu, die soziale Gerechtigkeit zu repräsentieren.

Dabei unterstelle ich nur zum Teil taktisches Kalkül. Zum Teil handelte es sich auch um einen Ausdruck der damals vorhandenen Zerrissenheit der SPD.

Unter „normalen Bedingungen“ hätte die SPD es kaum geschafft, in ihrer eigenen Zerrissenheit sowohl alte Wählerschichten anzusprechen, als auch neue zu mobilisieren. Dies konnte überhaupt nur deswegen gelingen, weil der SPD eine völlig ausgeblutete konservativ-liberale Koalition gegenüber stand.

Inhaltlich wurde versucht, mit der Programmatik „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ alle potenziellen Wählerschichten zu bedienen. Es ging darum, den Reformstau aufzulösen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, dies aber sozial gerecht.

In dieser Situation haben die Gewerkschaften das einzig Richtige getan: Wir initiierten die Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.

Uns ging es nicht nur darum, Kohl abzulösen, sondern auch darum, mit dieser Kampagne Rot-Grün auf einen sozialen Kurs zu verpflichten und einen Politikwechsel durchzusetzen.

III. Die Oscar-Phase

Und die ersten Monate ließen sich ja auch einigermaßen ordentlich an. Der Koalitionsvertrag enthielt zahlreiche Ankündigungen, von denen einige bereits im ersten Jahr umgesetzt worden waren: Das Kündigungsschutzgesetz wurde im Wesentlichen wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wieder auf 100 Prozent erhöht und die Blüm'sche Rentenreform wurde für zwei Jahre ausgesetzt. Gleichzeitig wurden Strukturelemente der Privatversicherung aus der gesetzlichen Krankenversicherung wieder entfernt und auch die erhöhten Zuzahlungen für Medikamente zurück genommen.

Nicht alle Maßnahmen in dieser ersten Regierungsphase fielen zu unserer Zufriedenheit aus. Sie waren oftmals halbherzig, aber man merkte die soziale Handschrift.

IV. Die zweite Regierungsphase

Dieser Kurs wurde nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines aufgegeben. Dabei war dieser Rücktritt sicherlich weniger Ursache als Ausdruck des Kurswechsels.

Er manifestierte sich unter anderem in folgenden Initiativen:

- die Durchführung einer Steuerreform, die zwar auch die Arbeitnehmer entlastet, in erster Linie aber den Kapitalmarkt belebt und die Arbeitgeber entlastet;
- eine Rentenreform, die wesentliche sozialstaatliche Grundstrukturen zerschlägt und eine ordnungspolitische Weichenstellung enthält, die Alterssicherung ebenfalls den Kapitalmärkten zu öffnen.
- eine so genannte Reform der Bundesanstalt für Arbeit, die auf Entdemokratisierung, Privatisierung und Senkung sozialer Leistungen zielt.

Alle Änderungen haben eine Finanzpolitik zur Grundlage, die die Haushaltssanierung durch Ausgabeneinsparung zum Dogma erhebt und damit die öffentlichen Investitionen fast erwürgt.

V. Die ideologische Grundlage des Regierungshandelns

1. Der dritte Weg

Dies alles wird in ideologischer Hinsicht von einem Schröder-Blair-Papier garniert, das zwar kein offizielles Parteidokument ist, dem aktuellen Regierungskurs aber doch eine mehr oder minder konsistente ideologische Grundlage verleiht.

Ich will insoweit nicht den Eindruck erwecken, die rot-grüne Bundesregierung würde lediglich die Politikkonzepte der alten Kohlregierung unreflektiert wiederkauen.

Meine These lautet: Was heutzutage unter dem Stichwort "Dritter Weg" betrieben wird, unterscheidet sich in der Art und Weise qualitativ von der neoliberalen Politik der alten Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP.

Dritte Wege hat es in der Geschichte ja schon einige gegeben. Das begann damit, einen dritten Weg zwischen orthodoxem Kommunismus und der klassischen Sozialdemokratie zu suchen. Aber auch die SPD hat sich schon lange als Partei des dritten Weges begriffen. Sie sah sich als Alternative zwischen orthodoxem Kommunismus einerseits und Kapitalismus andererseits. Das heißt: Sie erkannte den Kapitalismus weit gehend an, zielte aber auf dessen soziale Reformierung. Nun scheint sich ein neuer dritter Weg gebahnt zu haben, zwischen dem neoliberalen Weg und dem der klassischen SPD.

Gerhard Schröder hat seine spin-doctors, die diesen Faden aufnehmen und versuchen, entsprechende angelsächsische Konzepte für die Bundesrepublik Deutschland gangbar zu machen. Ich denke, das Charakteristische am "Dritten Weg", der hier eingeschlagen wird, lässt sich gut anhand der Entwicklungslinien des "Bündnisses für Arbeit" darstellen.

2. "Dritter Weg" und "Bündnis für Arbeit"

Die rot-grüne Bundesregierung verfolgt ein korporatistisches Konzept, das darauf zielt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen einzubinden und als Bestandteil einer demokratischen Kultur zu begreifen. Damit verbunden ist das Bekenntnis der Bundesregierung, keine "Laissez-faire-Politik" machen zu wollen, sondern Politik zu gestalten. Allerdings unter der Prämisse, dass die "aktive politische Gestaltung" nicht die "Gesetze des Weltmarktes" unterlaufen dürfe.

Hier ordnet sich auch die rot-grüne Sozialstaatspolitik ein. Sie sagen "Ja" zum Sozialstaat, aber diesen Sozialstaat sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst bezahlen. Der Weltmarkt erlaube es einfach nicht mehr, dass sich die Arbeitgeber in der bisherigen Form an der Finanzierung beteiligen. So die Auffassung der Bundesregierung und ihrer wissenschaftlichen Vordenker.

Den sozialstaatlich geprägten Klassenkompromiss der Nachkriegsordnung bis in die 70-er Jahre kann man mit der Formel "Vollbeschäftigung und Beteiligung der abhängig Beschäftigten an den Einkommenszuwächsen" beschreiben.

Die neue Formel heißt heute: Teilung des wirtschaftlichen Risikos. Nicht mehr die Unternehmer tragen das unternehmerische Risiko, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es zu einem großen Teil mit zu tragen.

Dies läuft auf den Appell hinaus, eine nationale Wettbewerbsgemeinschaft zu bilden. Diese soll sich in einem Unterbietungswettbewerb gegen andere nationale Gemeinschaften durchsetzen.

Diese neue Formel findet ihre Ausprägung auch im aktuellen „Bündnis für Arbeit“.

Zwar hatte Klaus Zwickel Mitte der 90-er Jahre mit dem Vorschlag zu einem „Bündnis für Arbeit“ etwas anderes im Sinn, nämlich den kompromissweisen Tausch von moderaten Tarifabschlüssen gegen Beschäftigungsaufwuchs und Verzicht auf weiteren Sozialabbau. Doch längst haben sich ganz andere des Bündnisses bemächtigt und nutzen es zur Beschneidung der Tarifmacht der Gewerkschaften.

Wieso beteiligen sich Gewerkschaften an diesem "Bündnis für Arbeit"?

Ich denke, ein wesentlicher Punkt, der auch vom Max-Planck-Institut und anderen in die Debatte gebracht wird, ist folgende Argumentation:

Der internationale Wettbewerb führt zwingend dazu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine angemessenen Tariferhöhungen mehr erhalten können. Die Zielsetzung, Einkommensverbesserungen und eine Teilhabe der abhängig Beschäftigten am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum durchzusetzen, kann demnach nicht mehr das Handlungsfeld der Gewerkschaften sein.

Aber dafür erhalten die Gewerkschaften von der Regierungsseite gewissermaßen eine institutionelle Bestandsgarantie: „Ihr dürft mitmachen im ‚Bündnis für Arbeit‘. Wir bieten euch mit dem ‚Bündnis für Arbeit‘ die Chance, euch in der Öffentlichkeit zu präsentieren und darzustellen, dass Gewerkschaften noch handlungsfähig sind.“

Eine solche Strategie wird letztlich scheitern. Wir werden als Gewerkschaften nur so lange gebraucht, wie wir stark sind. Stark sind wir jedoch nur bei hohem Organisationsgrad und so lange, wie wir auch in der Lage sind, für unsere Mitglieder - und mit unseren Mitgliedern - eine angemessene Tarif-, Sozialstaats- und Betriebspolitik zu betreiben.

Gleichwohl ist der Versuch der Einbindung der Gewerkschaften für Rot-Grün charakteristisch.

VI. Auswirkungen auf die Gewerkschaften und gewerkschaftliche Konsequenzen

Nun stellt sich die Frage, wie wir als Gewerkschaften uns gegenüber dieser Politik der rot-grünen Bundesregierung verhalten.

Antworten sind zu finden, wenn wir die Gegenstände und Inhalte deren Politik in der Wirkung auf unsere Mitglieder und unsere Handlungsbedingungen als Gewerkschaften

analysieren. Ich will das am Beispiel der Rentenreform und der Debatte um den aktivierenden Sozialstaat tun:

1. Rot-grüne Rentenreform

Vor der Bundestagswahl 1998 hatte die SPD die Blümsche Rentenreform noch als unsozial kritisiert und versprochen, sie auszusetzen und durch eine sozialere Reform zu ersetzen. Die Reform von Blüm zielte darauf ab, das Rentenniveau eines so genannten Eckrentners von heute 70 Prozent auf nur noch 64 Prozent abzusenken.

Nach zähen Auseinandersetzungen hat sich letztlich auch die rot-grüne Reform auf dieses Blüm-Niveau eingependelt.

Im Unterschied zu den Konservativen erkannte die rot-grüne Bundesregierung aber, dass von den dann zu erwartenden Rentenzahlbeträgen kaum einer leben könne. Nicht zuletzt, um das Konzept gängig zu machen, sollten deshalb zusätzlich 4 Prozent des Einkommens für eine betriebliche bzw. private Altersvorsorge angespart werden.

Hier zeigt sich das Muster, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Sozialstaat allein finanzieren sollen: Denn während die Beiträge zur gesetzlichen Rente von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte getragen werden, sollen die abhängig Beschäftigten die geplanten 4 Prozent für die private Altersvorsorge aus eigener Tasche zahlen.

Welche Auswirkungen hat diese Reform für die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen?

Die Sicherung im Alter wird Gegenstand der Tarifpolitik. Die Mitglieder verlangen von uns, über betriebliche Altersversorgung die Lücken, die in die gesetzliche Rentenversicherung gerissen wurden, zu schließen. Dadurch zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung für die Absicherung der sozialen Risiken zurück. Damit wird der Entsolidarisierung Vorschub geleistet.

Zudem können tarifvertragliche Regelungen zur Altersvorsorge nur für Beschäftigte abgeschlossen werden. Die Arbeitslosen bleiben außen vor. Dies bedeutet eine weitere Verschlechterung der Situation der Arbeitslosen, die damit noch stärker dazu gezwungen werden, Jobs zu fast jedem Preis anzunehmen. Damit erhöht sich auch der Druck auf die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Ferner hat diese Reform auch Auswirkungen auf das Volumen der tariflichen Einkommen. Das, was mit den Arbeitgebern für die betriebliche Altersversorgung vereinbart wird, steht für Einkommenserhöhungen nicht mehr zur Verfügung.

Abschließend muss man darauf aufmerksam machen, dass mittels dieser Maßnahmen wesentliche Bereiche, die bisher durch die gesetzliche Rentenversicherung abgedeckt worden waren, nunmehr dem Kapitalmarkt zugänglich gemacht wurden. Dies ist ein echter Leckerbissen für die privaten Versicherer.

2. Politik des aktivierenden Sozialstaats

Das Muster der rot-grünen Rentenreform kann man auch in der gesamten Debatte um den aktivierenden Sozialstaat nachvollziehen.

Die Sozialpolitik im Allgemeinen und dort insbesondere die Arbeitsmarktpolitik verkommt in diesem Konzept zu einer pädagogischen Einzelfallbetreuung, die die gesellschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit aus dem Blickfeld rückt.

Konsequenz dieses Herangehens ist, dass den Arbeitslosen nur noch darüber „geholfen“ werden könne, dass sie ihre individuellen Fähigkeiten stärken. Dabei wird mit ihnen umgesprungen, wie dies rückständige Pädagogen aus dem vorletzten Jahrhundert mit unmündigen Kindern taten.

Mit einem solchen Konzept können gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Zum ersten werden sowohl Arbeitgeberverbände als auch Regierungen von ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung entlastet, zum zweiten können mit der Verschärfung der Sanktionen weitere Mittel für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe eingespart, Lohnnebenkosten gesenkt und die Ausgaben der Arbeitgeber reduziert werden.

Letztlich kann man auch hier eine Umverteilung zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer feststellen. Die Kosten des Arbeitslosengeldes wurden paritätisch finanziert. Erhält der Arbeitnehmer aber eine Sperrzeit, findet eine Kostenverlagerung zu seinen Lasten statt. Dies gilt ebenso für den Fall, dass er auf Kosten seiner Abfindung eine Weiterqualifizierung vornehmen muss.

Schade nur, dass der Sozialstaat dabei auf der Strecke bleibt !

Auch diese Entwicklung hat Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen. Es entsteht Druck auf die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, weil die Konkurrenz zwischen ihnen und der „individuellen Reservearmee“ zunimmt.

Gewerkschaften werden damit noch größere Schwierigkeiten haben, für solidarische Handlungen und damit für Machtpositionen in Tarifauseinandersetzungen zu sorgen.

3. Aufgaben der Gewerkschaften

Welche Aufgaben leiten sich hieraus für die Gewerkschaften ab?

Zum einen muss es darum gehen, inhaltliche Alternativen zu den bisher genannten Konzeptionen zu entwickeln, und zum zweiten stellt sich natürlich die Durchsetzungsfrage.

Wir müssen das Verhältnis von Politik und Wirtschaft anders als im neusozialdemokratischen Politikkonzept bestimmen.

Der Sozialstaat war seit seiner Entstehung eine Institution der Marktbandigung. Der marktgesteuerten Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen sollte durch eine kompensierende Politik entgegengewirkt werden. Die Schlüsselfrage der Sozialstaatsentwicklung besteht darin, wie sich die soziale Bandigung der kapitalistischen Marktökonomie unter gewandelten Bedingungen bewerkstelligen lässt.

Vier Reformprojekte sind zentral: Erstens geht es um die Reformulierung des Vollbeschäftigungsziels. Auch die "postfordistische" Gesellschaft wird eine Arbeitsgesellschaft bleiben; und somit wird es kein linkes Projekt geben können, das sich von dem Ziel verabschiedet, allen eine sozial geschützte, existenzsichernde sowie individuellen und gesellschaftlichen Ansprüchen genügende Erwerbsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Dies bedeutet nicht, sich mit Politikkonzepten der siebziger Jahre zu begnügen. Natürlich wird Vollbeschäftigung nur mit Hilfe eines breiten Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung machbar sein.

Und natürlich geht es um Vollbeschäftigungspolitik, die ein neues Leitbild von Erwerbsarbeit enthalten muss; eine Erwerbsarbeit, die sich stärker an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien orientiert und sich weit stärker individuell differenzierten Lebensentwürfen unterordnet. Aber Vollbeschäftigungspolitik im oben genannten Sinne wird es bleiben müssen.

Damit ist der zweite Aufgabenbereich tangiert: eine Reform der Arbeits- und Sozialverfassung. Diese sollte das so genannte "Normalarbeitsverhältnis" nicht aufgeben, es aber in seiner Bedeutung relativieren. Es geht darum, dem Normalarbeitsverhältnis weitere sozial geschützte Wahlmöglichkeiten an die Seite zu stellen. Deren Wahrnehmung muss ohne geschlechtsspezifische Diskriminierungen gewährleistet sein.

Drittens ist das Projekt der Demokratisierung des Sozialstaates zu nennen. Aus den vielen Facetten sei hier lediglich auf den Strang einer linken Sozialstaatskritik verwiesen, der unbestreitbare Momente der Monetarisierung und Bürokratisierung beklagt. Dabei muss aber beachtet werden, dass die gezielte Aktivierung und Förderung von Selbsthilfepotenzialen einer sicheren finanziellen und organisatorischen Basis bedarf.

Schließlich möchte ich auf die Notwendigkeit verweisen, das System sozialstaatlicher Regulation auf eine neue Finanzierungsgrundlage zu stellen.

Die Erosion der Einnahmehasis des Staates trotz wirtschaftlichen Wachstums verdeutlicht, dass immer größere Teile des gesamtwirtschaftlichen Mehrproduktes nicht mehr in die Sekundärverteilung einbezogen werden. Das gilt insbesondere für die Einkommen aus Geldvermögen und Finanzkapital. Dies muss durch geeignete, insbesondere steuerpolitische Maßnahmen korrigiert werden.

Zweitens geht es darum, die finanzielle Grundlage der Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren. Dies könnte einmal durch eine stärkere Universalisierung von Beitragspflicht und Versicherungsschutz geschehen; zum anderen wäre es sinnvoll, den Steueranteil in den Sozialkassen zu erhöhen. Dadurch könnte verhindert werden, dass die Einnahmeverluste im Zuge der Relativierung des Normalarbeitsverhältnis in eine permanente Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme umschlagen.

Neben der Erarbeitung inhaltlicher Alternativkonzepte stehen wir generell vor der Aufgabe, die politischen Sachprobleme auch tatsächlich sachlich zu beleuchten. Wir dürfen uns nicht Erkenntnisse verschließen, nur weil diese das Verhältnis zur SPD gefährden könnten oder das „Bündnis für Arbeit“ in Frage stellen würden. Eine Konsequenz aus diesen Vorgaben liegt für Gewerkschaften darin, ihre Kampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ in dem von mir beschriebenen Sinne fortzusetzen. Dies hätte natürlich eine durchaus kritische Bilanz der Regierungspolitik zur Grundlage, wie sie sich in Ansätzen auch in unseren aktuellen Vorstandsbeschlüssen wieder findet.

Ein solches Vorgehen ist nicht nur aus inhaltlichen Gesichtspunkten sinnvoll. Es wäre auch ein Beitrag zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften. Denn glaubwürdig gegenüber unseren Mitgliedern können wir nur sein, wenn wir an eine konservativ-liberale Bundesregierung nicht höhere Anforderungen stellen, als an eine sozialdemokratisch geführte.

Neben der theoretischen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Konzepten bedarf es aber auch der praktischen Auseinandersetzung. Ein gutes Beispiel ist der jüngste Arbeitskampf.

Offensichtlich ist, dass bereits eine vorsichtige Stärkung gewerkschaftlicher Aktivitäten nicht nur eine erhebliche Verbesserung der materiellen Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Folge hat. Sie hat auch erhebliche praktische politische Konsequenzen: Der Arbeitskampf hat das „Bündnis für Arbeit“ stärker erschüttert als die filigranste theoretische Kritik. Auch deswegen plädiere ich dafür, das praktische Handeln nicht zu vergessen.

VII. Epilog: Die Wiederentdeckung des Sozialstaates

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich könnte ich mit meinem Vortrag nun zum Ende kommen, würden nicht kurz vor den Bundestagswahlen einige Parteien den Sozialstaat neu entdecken.

Edmund Stoiber kritisiert die Steuerpolitik der Bundesregierung und äußert Unverständnis darüber, dass Großkonzerne kaum noch Steuern bezahlen. In der Metall-Zeitung bekennt er: „Ich bin kein Gewerkschaftsfresser.“

Des Bundeskanzlers höchstes Gut ist zwischenzeitlich die Tarifautonomie und auch sonst ergeht er sich in Bekenntnissen zum Sozialstaat.

Die Grünen, die lange den Platz der FDP einnehmen wollten, versuchen, sich nun als

Sozialstaatspartei zu profilieren.

Das Credo lautet: Noch nie war er so wertvoll wie heute!

Offensichtlich ist, dass der SPD die letzten Landtagswahlergebnisse in den Knochen sitzen. In der Campa wird eingeschätzt, dass mit dem Kurs der Neuen Mitte diesmal die Wahlen nicht zu gewinnen sind.

Diese Einschätzung wird durch die gesamte europäische Entwicklung genährt. Vermochten die Parteistrategen noch Ende der 90-er Jahre ein aufgehendes neu-sozialdemokratisches Jahrhundert in Europa zu erblicken, zeigt sich nun, dass die Verfechter des dritten Weges in ganz Europa abgewirtschaftet haben. Der dritte Weg ist offensichtlich eine Sackgasse.

Das etwas mühsam zusammen gesuchte wahlarithmetische Konstrukt der neuen Mitte erscheint eben nicht als Verbindung, sondern als Gemisch. Es kam unter den speziellen Bedingungen von 1998 zusammen und dürfte nun wieder auseinander fallen. In der Tat ist kaum ersichtlich, welche gemeinsamen Interessen den Kleinunternehmer und den qualifizierten Facharbeiter verbinden.

Nun hat die Campa in letzter Sekunde umgeschaltet und steht nun aber wegen mangelnder Glaubwürdigkeit vor dem Problem, dass es sie bei der nächsten Linkskurve aus der Bahn werfen könnte. Insoweit kann ich den Hinweis von General Müntefering verstehen, man möge den Sturzhelm fester schnallen.

Selbstverständlich muss es für uns darum gehen, Rot-Grün an allen positiven Aussagen zum Sozialstaat festzuhalten. Angesichts der Regierungspolitik der letzten drei Jahre, die ich hier umrissen habe, wird dies für uns nicht einfach werden. Denn um etwas Glitschiges festzuhalten, braucht man selbst Profil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.